



Nazwa instytucji

# Książnica Cieszyńska

Tytuł jednostki/Tytuł publikacji

## "Zur Beurteilung des Verwaltungsaufwandes der Pensionsversicherung..."

Liczba stron oryginału

13

Liczba plików skanów

14

Liczba plików publikacji

14

Sygnatura/numer zespołu

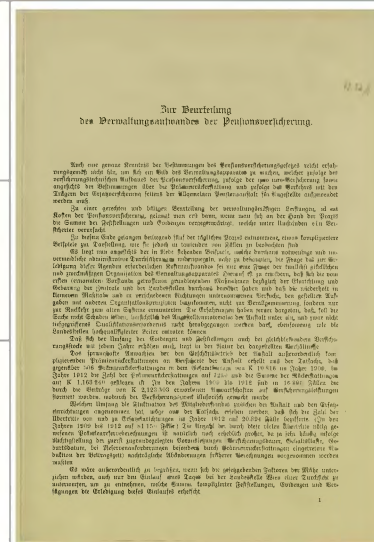
TR 072.052

Data wydania oryginału

1913

Projekt/Sponsor digitalizacji

Dofinansowano ze środków WPR Kultura+



Ministerstwo  
**Kultury**  
i Dziedzictwa  
Narodowego.



NARODOWY  
INSTYTUT  
AUDIOWIZUALNY

**KULTURA+**



## Zur Beurteilung des Verwaltungsaufwandes der Pensionsversicherung.

Auch eine genaue Kenntnis der Bestimmungen des Pensionsversicherungsgesetzes reicht erfahrungsgemäß nicht hin, um sich ein Bild des Verwaltungsapparates zu machen, welcher zufolge des versicherungstechnischen Aufbaues der Pensionsversicherung, zufolge der ipso iure-Versicherung sowie angesichts der Bestimmungen über die Prämienrückerstattung und zufolge des Verkehrs mit den Trägern der Ersatzversicherung seitens der Allgemeinen Pensionsanstalt für Angestellte aufgewendet werden muß.

Zu einer gerechten und billigen Beurteilung der verwaltungsmäßigen Leistungen, id est Kosten der Pensionsversicherung, gelangt man erst dann, wenn man sich an der Hand der Praxis die Summe der Feststellungen und Evidenzen vergegenwärtigt, welche unter Umständen ein Versicherter verursacht.

Zu diesem Ende gelangen beiliegend fünf der täglichen Praxis entnommene, etwas kompliziertere Beispiele zur Darstellung, wie sie jedoch in tausenden von Fällen zu beobachten sind.

Es liegt nun angesichts der in Rede stehenden Beispiele, welche durchaus notwendige und unvermeidliche administrative Durchführungen widerspiegeln, nahe zu behaupten, die Frage des zur Erledigung dieser Agenden erforderlichen Kostenaufwandes sei nur eine Frage der tunlichst glücklichen und zweckmäßigen Organisation des Verwaltungsapparates. Hierauf ist zu erwidern, daß sich die vom ersten (ernannten) Vorstände getroffenen grundlegenden Maßnahmen bezüglich der Einrichtung und Gebarung der Zentrale und der Landesstellen durchaus bewährt haben und daß die wiederholt in kleinerem Maßstabe und in verschiedenen Richtungen unternommenen Versuche, den gestellten Aufgaben mit anderen Organisationsprinzipien beizukommen, nicht zur Verallgemeinerung, sondern nur zur Rückkehr zum alten Systeme ermunterten. Die Erfahrungen haben ferner dargetan, daß, soll die Sache nicht Schaden leiden, hinsichtlich des Angestelltenmaterials der Anstalt unter ein, und zwar nicht tiefgegriffenes Qualifikationserfordernis nicht herabgegangen werden darf, ebensowenig wie die Landesstellen hochqualifizierter Leiter entraten können.

Daß sich der Umfang der Evidenzen und Feststellungen auch bei gleichbleibendem Versicherungssatze mit jedem Jahre erhöhen muß, liegt in der Natur der dargestellten Verhältnisse.

Das sprunghafte Anwachsen der den Geschäftsbetrieb der Anstalt außerordentlich komplizierenden Prämienrückerstattungen an Versicherte der Anstalt erhellt aus der Tatsache, daß gegenüber 506 Prämienrückerstattungen in dem Gesamtbetrage von K 19.813 im Jahre 1909, im Jahre 1912 die Zahl der Prämienrückerstattungen auf 7250 und die Summe der Rückerstattungen auf K 1.163.249 gestiegen ist. In den Jahren 1909 bis 1912 sind in 16.395 Fällen die durch die Beiträge von K 2.123.503 erworbenen Anwartschaften auf Versicherungsleistungen storniert worden, wodurch der Versicherungszweck illusorisch gemacht wurde.

Welchen Umfang die Fluktuation des Mitgliederstandes zwischen der Anstalt und den Ersatz-einrichtungen angenommen hat, möge aus der Tatsache erschen werden, daß sich die Zahl der Übertritte von und zu Ersatzeinrichtungen im Jahre 1912 auf 20.894 Fälle bezifferte. (In den Jahren 1909 bis 1912 auf 81.150 Fälle.) Die Anzahl der durch diese vielen Übertritte nötig gewesenenen Prämienreserveberechnungen ist natürlich noch erheblich größer, da ja sehr häufig infolge Richtigtstellung der zuerst zugrundegelegten Voraussetzungen (Versicherungsdauer, Gehaltsklasse, Geburtsdatum, bei Reservenansforderungen besonders durch Prämienrückerstattungen eingetretene Reduktion der Beitragszeit) nachträgliche Abänderungen früherer Berechnungen vorgenommen werden mußten.

Es wäre außerordentlich zu begrüßen, wenn sich die gesetzgebenden Faktoren der Mühe unterziehen würden, auch nur den Einlauf eines Tages bei der Landesstelle Wien einer Durchsicht zu unterwerfen, um zu entnehmen, welche Summe komplizierter Feststellungen, Evidenzen und Verfügungen die Erledigung dieses Einlaufes erheischt.



Aus dem vorstehenden ergibt sich zwingend folgender Schluß:

Eine namhafte Ermäßigung der Verwaltungskosten der Pensionsanstalt ist nur zu erwarten, wenn im Sinne der in der Denkschrift der Anstalt erstatteten Vorschläge

a) die ipso iure-Versicherung und damit der Zwang des Versicherungsträgers zur lückenlosen Erfassung der Vorversicherung und höchsten Anspannung des Inspektionsdienstes beseitigt,

b) die Prämienrückerstattung auf ein Minimum nach dem Vorbilde des reichsdeutschen Pensionsversicherungsgesetzes\*) reduziert wird und

c) eine durchgreifende Reform der Erbscheinrichtungen im Sinne der Umbildung der Erbscheinrichtungen in Zuschußklassen Platz greift.

\*) Das deutsche Gesetz kennt Prämienrückerstattungen in unserem Sinne in den ersten 5 Versicherungsjahren überhaupt nicht; nach Ablauf dieser Zeit aber auch nur einzig und allein an weibliche Versicherte bei Ausscheiden infolge Verheiratung. (In diesem Falle wird gemäß § 62 die Hälfte der eingezahlten Beiträge rückerstattet.)

Die in den §§ 60 und 398 vorgesehene Erstattung der eigenen Beiträge stellt lediglich einen teilweisen Ersatz für die nach dem österreichischen Gesetze gebührende Abfertigung dar. Es besteht nämlich ein Anspruch auf die Hälfte der eingezahlten Beiträge a) nach 5 Versicherungsjahren im Falle des Todes von weiblichen Versicherten, wenn sie noch kein Ruhegeld bezogen haben und kein Anspruch auf Hinterbliebenenrenten gebührt, b) lediglich in den ersten 15 Jahren nach Inkrafttreten des Gesetzes im Falle des Todes eines männlichen oder weiblichen Versicherten, sofern kein Anspruch auf gesetzliche Leistungen geltend gemacht werden kann.

Die in dem deutschen Gesetzentwurf enthalten gewesene Bestimmung (des § 64), wonach beim Ausscheiden aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung zwecks Selbständigmachung nach Ablauf von 60 Beitragsmonaten auch ein Anspruch auf die selbst eingezahlten Beiträge bestehen sollte, ist bezeichnenderweise in Durchsetzung des vom Hauptausschusse der Angestelltenschaft nachdrücklich vertretenen Programmpunktes in das Gesetz nicht aufgenommen worden.

Wien, im November 1913.

**Dr. Georg Pitacco**

Obmann der Landesstelle der allgemeinen  
Pensionsanstalt für Angestellte in Triest.



72.52/2

(Beilagen.)

1. Beispiel.

**Versicherungsverlauf.**

Vom	1. Jänner	1909	bis	28. August	1909	Beamter	bei Firma C in Linz	in der Gehaltsklasse	III
"	1. Sept.	1909	"	1. Febr.	1910	"	" " A " Wien	" " "	IV
"	1. Febr.	1910	"	31. Dezbr.	1910	Kontorist	" " B " "	" " "	IV
"	10. Jänner	1911	"	31. März	1911	Buchhalter	" " E " "	" " "	IV
"	1. April	1911	"	1. Mai	1911	stellenlos			
"	1. Mai	1911	"	31. Jänn.	1912	Buchhalter	" " D " Hallein	" " "	V
"	1. Febr.	1912	"	31. Mai	1912	stellenlos			
"	1. Juni	1912	"	22. Novbr.	1912	Buchhalter	" " F " Wien	" " "	IV
Zwischenzeit offen									
Vom	3. Jänner	1913	bis	31. Jänn.	1913	Buchhalter	bei Firma G in Wien	in der Gehaltsklasse	V
"	1. Febr.	1913	"	15. August	1913	"	" " G " "	" " "	V
Zwischenzeit offen									
Vom	9. Oktober	1913				Beamter	bei Firma H in Wien	in der Gehaltsklasse	IV.

**Administrative Durchführungen.**

Der Fall ist durchaus nicht einer der verwickeltsten, da der Umstand, daß der Angestellte schon im Jahre 1909, und zwar von seinem Dienstgeber gleich nach Antritt der Stellung spontan angemeldet wurde und überdies mit einer Bezeichnung seiner Stellung, welche die Betretung des Instanzenweges am ehesten aussichtslos erscheinen ließ, nämlich als „Privatbeamter“ (Buchhalter) — eine große Anzahl von Komplizierungsmöglichkeiten von vornherein ausschloß.

Der Angestellte wurde am 19. Oktober 1909 von dem Dienstgeber A als am 1. Oktober 1909 in dessen Dienste getreten angemeldet, im selben Monate ab 1. Oktober 1909 für versicherungspflichtig erklärt und die Prämie der IV. Gehaltsklasse vorgeschrieben. Eine Anfrage nach seiner Vorbeschäftigung vom 1. Jänner 1909 bis 30. September 1909 langte als unbestellbar zurück, da der Angestellte inzwischen sein Domizil gewechselt hatte. Nach Erhebung der neuen Adresse im Wege des Zentralmeldungsamtes (der Angestellte hatte die Stelle bei A inzwischen am 31. Jänner 1910 verlassen) ergab sich durch neuerliche Anfrage an den Angestellten, daß er bei A bereits am 1. September 1909 eingetreten war. Der Angestellte wurde daher im November 1910 auch für den Monat September 1909 für versicherungspflichtig erklärt und die Prämie auch für diesen Monat vorgeschrieben.

\* Durch eine im Laufe des Jahres 1910 vorgenommene Inspektion war erhoben worden, daß der Angestellte ab 1. Februar 1910 in die Dienste der Firma B in Wien getreten war, welche ihre Angestellten beim Ersatzinstitute X versicherte, und daß er vor dem 1. September 1909 bei einem Dienstgeber C im Sprengel der Landesstelle Salzburg bedienstet war. Es wurde daher zunächst der Vorakt von dieser Landesstelle eingeholt, welcher den Angestellten als in der Zeit vom 1. Jänner 1909 bis 28. August 1909 ersatzversichert auswies; da sich nachträglich herausstellte, daß das Ersatzinstitut der Firma C erst mit 14. September 1909 anerkannt wurde, mußte der Vorakt der Landesstelle Salzburg zur Richtigstellung rückgemittelt werden.

Inzwischen war der Angestellte bereits wieder in die Dienste eines im Sprengel der Landesstelle Salzburg befindlichen Dienstgebers D getreten und der Vorakt von der Landesstelle Salzburg wieder rückverlangt worden, welchem Verlangen nicht entsprochen werden konnte, da erstens die Landesstelle Wien selbst noch nicht im Besitze eines richtigen und vollständigen Voraktes war und zweitens der Angestellte von dem ersatzversichernden Dienstgeber C selbstverständlich noch nicht abgemeldet war.

Bevor noch diese Schwierigkeiten im Korrespondenzwege beseitigt waren, wurde gelegentlich einer im III. Bezirke vorgenommenen Inspektion erhoben, daß der Angestellte am 10. Jänner 1911



in die Dienste des Dienstgebers E in Wien getreten war. Er wurde daher von der Landesstelle Wien ab 10. Jänner 1911 neuerlich als versicherungspflichtig erklärt und dem Dienstgeber E die Prämie ab diesem Datum vorgeschrieben.

Auf eine Aufforderung vom 28. Februar 1912 zur Abmeldung teilte der Dienstgeber C im Juli 1912 nach mehrfacher Urgenz mit, daß er die Abmeldung nicht vornehmen könne, da er den Angestellten nicht angemeldet habe, gab aber — was in solchen Fällen in der Regel nicht geschieht — wenigstens das Austrittsdatum des Angestellten mit 31. Dezember 1910 an.

Durch telephonische Anfrage erfuhr die Landesstelle am 9. März 1912, daß der Angestellte inzwischen am 31. März 1911 auch seine Stelle bei dem Dienstgeber E wieder verlassen hatte.

Nun erst konnte die Abschreibung der dem Dienstgeber E durch ein volles Jahr zu Unrecht vorgeschriebenen Prämien erfolgen und nun erst der Landesstelle Salzburg der 5 mal verlangte Vorkast zugemittelt werden.

Am 5. August 1912 wurde der Angestellte bei der Landesstelle Wien vom Dienstgeber F als am 1. Juni 1912 in dessen Dienste getreten angemeldet, am 25. November 1912 als am 22. November 1912 wieder ausgetreten abgemeldet. Nun erst war die Landesstelle Salzburg, bei welcher der Angestellte vom 1. Mai 1911 bis 31. Jänner 1912 durch den Dienstgeber D versichert war, in der Lage, den Vorkast wieder der Landesstelle Wien abzutreten. Auf 3 malige Anfrage an den Angestellten hatte die Landesstelle Wien endlich die Auskunft erhalten, daß derselbe vom 1. April 1911 bis 1. Mai 1911 und vom 1. Februar 1912 bis 1. April 1912 ohne Stellung war; Ursache der Verzögerung war entweder der mehrmalige Domizilwechsel des Angestellten oder seine Weigerung, da er dieselbe Auskunft vielleicht tatsächlich bereits der Landesstelle Salzburg erteilt haben mochte.

Am 3. Jänner 1913 wurde der Angestellte vom Dienstgeber G als am 4. Jänner 1913 in seine Dienste getreten angemeldet, am 8. Februar 1913 als mit 31. Jänner 1913 zu einem Ersatzinstitute übergetreten abgemeldet, am 10. Juli 1913 sein Austritt aus der Firma G mit 15. Juli 1913 angezeigt.

Mit 9. Oktober 1913 endlich wurde der Angestellte vom Dienstgeber H bei der Landesstelle Wien wieder zur Versicherung angemeldet. Auf die Anfrage, welche seine Beschäftigung vom 23. November 1912 bis 31. Dezember 1912 und vom 1. August 1913 bis 8. Oktober 1913 gewesen sei, hat der Angestellte bis nun noch nicht geantwortet.

Einen großen Teil des Aktes des Angestellten F. M. bildet die Korrespondenz mit den Ersatzinstituten, bei welchen die Dienstgeber C, E und G der Versicherungspflicht ihrer Angestellten Genüge leisten. Die beim Ersatzinstitute vom Dienstgeber E vorgenommene Versicherung mußte ebenso wie die des C in eine bei der Pensionsanstalt durchzuführende umgewandelt werden, da sich nachträglich herausstellte, daß der Angestellte aus den Diensten des E bereits ausgetreten war, bevor die Ersatzversicherung noch rechtliche Anerkennung gefunden hatte\*). Von den Ersatzversicherungen blieb somit schließlich nur die durch den Dienstgeber G in Geltung und die Abrechnung mit dem betreffenden Institute wurde endlich, nachdem die Rechtskraft aller bisherigen Versicherungen in umständlicher Weise, teilweise durch Anfragen an die Parteien und an die frühere Landesstelle hatte festgestellt werden müssen\*\*), am 31. Oktober 1913 durchgeführt\*\*\*).

\*) Die ursprüngliche Annahme des Zurechtbestehens der beiden Ersatzversicherungen hatte der Anstalt folgenden unnützen Arbeitsaufwand verursacht:

1.) Vom Ersatzinstitute der Firma C war eine per 1. September 1909 zu überweisende, mit K 89-86 berechnete Prämienreserve angefordert worden.

2.) Über Reklamation der Firma C mußte dieser Betrag rücküberwiesen werden, nachdem die Richtigstellung des Vorkastes der Landesstelle Salzburg, wie schon früher erwähnt, veranlaßt worden war.

3.) Mit 1. Februar 1910 hatte die Landesstelle dem Ersatzinstitute, dem der Dienstgeber E angehört, die Reserve überwiesen.

4.) Diese Reserve muß ebenfalls zurückgefordert werden.

\*\*) Die Landesstelle hat folgendes veranlaßt:

1.) Erhebung in der Sammlung der Zustellnachweise, ob die 4 Empfangscheine über die Bescheide betreffs der Dienststellung A vorhanden und richtig gefertigt worden seien, und im Einlaufprotokolle der Landesstelle, ob ein Rechtsmittel gegen diese Bescheide der Landesstelle zur Äußerung zugekommen sei;

2.) eine gleiche Nachforschung betreffs der 2 Bescheide über die Dienststellung B,

3.) eine ebenfolche Nachforschung betreffs der 2 Bescheide über die Dienststellung E,

4.) eine ebenfolche Nachforschung betreffs der 2 Bescheide über die Dienststellung F,

5.) eine ebenfolche Nachforschung betreffs der 2 Bescheide über die Dienststellung G,

6.) eine Anfrage an die Landesstelle Salzburg, ob die Versicherung bei dem Dienstgeber C und D Rechtskraft erlangt habe,

7.) da die Erhebung sub 1 kein befriedigendes Resultat ergab, eine Anfrage an den Dienstgeber A, ob er den Bescheid erhalten und bejahendenfalls, ob er dagegen ein Rechtsmittel ergriffen habe,

8.) aus demselben Grunde eine gleiche Anfrage an den Dienstgeber E,

9.) da Dienstgeber A einen Bescheid nicht erhalten zu haben erklärte, Neuauisfertigung und Expedition eines solchen.

\*\*\*) Das Ersatzinstitut erhielt, da zunächst nur die Rechtskraft der Versicherung beim Dienstgeber G



Obwohl es sich in dem geschilderten Falle, wie schon bemerkt, um einen zweifellos versicherungspflichtigen Angestellten handelt, der überdies einer Kategorie angehört, in welcher die Fluktuation keine regelmäßig so starke ist wie etwa bei den Bühnen- und Orchester- und den Apothekerangestellten, und obwohl es daher nicht einmal zu einem Rechtsmittelverfahren kam, zählt der Akt nach kaum 5 jähriger Versicherungsdauer mehr als 100 Einlauf-, Auslauf- und sonstige Stücke. Der Akt ist seit zirka zwei Jahren, d. i. seitdem darüber Statistik geführt wird, 35 mal zur Bearbeitung gelangt.

Um zu zeigen, in welchem Verhältnisse der Gegenstand zu der aufgewendeten Mühe steht, sei zum Schlusse noch darauf hingewiesen, daß die bis 9. Oktober 1913 für den Angestellten angesammelte Prämienreserve K 1155·40 beträgt.

## 2. Beispiel.

### Versicherungsverlauf.

Der Bauwerkführer C. war in folgenden Stellungen:

Vom 4. April 1907 bis 26. Februar 1910 bei der Firma III in Wien als Bauwerkführer mit einem Wochenlohn von K 48.—.

Vom 6. Juni 1910 bis 16. Juli 1910 bei der Firma IV in Wien als Bauwerkführer mit einem Wochenlohn von K 60.—.

Vom 18. Juli 1910 bis 17. September 1910 bei der Firma V in Wien als Bauwerkführer mit einem Wochenlohn von K 44.—.

Vom 19. September 1910 bis 22. April 1911 bei der Firma I in Wien als Polier mit einem Wochenlohn von K 44.—.

Vom 22. April 1910 bis 30. April 1911 bei der Firma VI in Wien als Hilfspolier mit einem Taggeld von K 4.—.

Vom 6. Mai 1911 bis 24. Dezember 1911 bei der Firma VII in Triest als Oberpolier mit einem Wochenlohn von K 70.—.

Vom 12. Februar 1912 bis 28. Juni 1912 bei der Firma II in Wien als Polier mit einem Wochenlohn von K 60.—.

Vom 1. Juli 1912 bis 31. August 1912 bei der Firma VIII in Wien als Bauwerkführer mit einem Wochenlohn von K 60.—.

Stellenlos.

Vom 1. November 1912 bis 15. Juni 1913 bei der Firma X in Wien als Vorarbeiter mit einem Wochenlohn von K 36.—.

Vom 15. Juni 1913 bis heute bei der Firma IX in Wien als Oberpolier mit einem Wochenlohn von K 100.—.

### Administrative Durchführung.

Am 12. Dezember 1911 wird bei der Baufirma I eine Inspektionserhebung vorgenommen. Dabei ergibt es sich, daß der Oberpolier Franz C. in der Zeit von 12. September 1910 bis 22. Mai 1911 bei dieser Firma in Stellung war. Seine Bezüge werden mit K 2288.— jährlich festgestellt.

Der bezügliche Versicherungsbescheid wird abgefertigt und dem Dienstgeber zugestellt. Die für die angeführte Zeit entfallenden Prämien sowie die stufenweise zu berechnenden Verzugszinsen werden festgestellt und auf dem Dienstgeberkonto verbucht; die Höhe des vorgeschriebenen Betrages

festgestellt erschien, vorerst nur eine 1monatliche Reserve im Betrage von K 21·68; da es jedoch nach Abschluß aller Erhebungen im ganzen per 1. Februar 1913 eine solche von K 1010·12 zu fordern, per 9. Oktober 1913 aber wieder eine solche von K 1155·40 zu überweisen hat, ist schließlich von ihm die Differenz im Betrage von K 166·96 an die Pensionsanstalt zu überweisen.



wird dem Dienstgeber mitgeteilt. Weiters werden die entsprechenden Beitragsmonate als erworbene Anwartschaft des Versicherten vorgemerkt und in Evidenz gehalten. Der Dienstnehmer, welchem gleichzeitig eine Anfrage des Inhalts zugestellt werden soll, ob und bei welchen Dienstgebern er in der Zeit vom 1. Jänner 1909 bis 12. September 1910 sowie nach dem 22. Mai 1911 in Stellung gestanden hat, ist unauffindbar.

Der Dienstnehmerbescheid sowie die vorbezeichnete Anfrage kommen als unbestellbar zurück.

Unter dem 15. März 1912 wird das Zentralmeldungsamt um Bekanntgabe der Wohnadresse ersucht. Die Adresse langt anfangs April ein.

Der Dienstnehmerbescheid und obige Anfrage werden neuerlich abgefertigt und langen am 15. April 1912 neuerlich mit dem Vermerk: „Hier unbekannt“, retour.

Eine neuerliche Anfrage an das Zentralmeldungsamt ergibt, daß C. unter einer anderen Adresse neu gemeldet wurde. Die Expedition wird erneuert. Die an C. gerichtete Anfrage bleibt unbeantwortet und muß urgiert werden. Auch die Urgenz ist erfolglos.

Unter dem 27. Juni 1912 langt eine Meldung der Firma II ein. C. wird vom 7. Februar 1912 an als versicherungspflichtig erklärt. Gehaltsbezug K 3120.—.

In gleicher Weise wie bei Firma I wird die Verbuchung der Prämie und Zinsen für die Zeit vom Februar 1912 bis zum Tage der Verbuchung (Juni 1912) vorgenommen. Da mit 1. Juli der Austritt des Versicherten noch nicht bekannt war, muß auch die laufende Zuliprämie dem Konto angelastet werden. Parallel hiemit erfolgt die Evidenzhaltung der erworbenen Beitragsmonate auf dem bezüglichen Evidenzblatte.

Mehrere Tage später langt bereits die Abmeldung ein, wonach C. am 30. Juni 1912 ausgetreten ist.

Auf Grund der Abmeldung muß auf dem Dienstgeberkonto die bereits angelastete Zuliprämie rückgebucht, desgleichen auf dem Evidenzblatte der Austritt vermerkt werden.

Gleichzeitig langt die Beantwortung der an den C. gerichteten Anfrage ein. Darnach war C. vor dem 12. September 1910 in folgenden Stellungen:

bei der Firma III vom 4. April 1907 bis 26. Februar 1910 als Bauwerkkführer mit einem Wochenlohn von K 48.—;

bei der Firma IV vom 6. Juni 1910 bis 16. Juli 1910 in gleicher Stellung mit einem Wochenlohn von K 60.—.

bei der Firma V vom 18. Juli 1910 bis 17. September 1910 in gleicher Stellung mit einem Wochenlohn von K 44.—;

bei der Firma I vom 19. September 1910 bis 22. April 1911 als Polier mit einem Wochenlohn von K 44.—;

bei der Firma VI vom 22. April 1911 bis 30. April 1911 als Hilfspolier mit einem Wochenlohn von K 40.—;

bei der Firma VII in Triest vom 6. Mai 1911 bis 24. Dezember 1911 als Oberpolier mit einem Wochenlohn von K 70.—;

bei der Firma II vom 12. Februar 1912 bis 28. Juni 1912 als Polier mit einem Wochenlohn von K 60.—;

bei der Firma VIII vom 1. Juli 1912 bis nun als Bauwerkkführer mit einem Wochenlohn von K 60.—.

Auf Grund dieser Angaben ergehen nun an die Firmen III bis VI und VIII die Aufforderungen, den C. zur Anmeldung zu bringen, beziehungsweise die für Versicherung relevanten Daten bekanntzugeben.

Die Landesstelle Triest wird von der in ihrem Sprengel stattgehabten Versicherung zu Evidenzzwecken verständigt.

Am 30. August 1912 langt durch die zuständige politische Behörde der Einspruch der Firma I gegen den Versicherungsbescheid ein.

Es muß die Äußerung abgefaßt werden, Bescheidabschriften müssen angefertigt und samt den Zustellscheinen und dem Originale der Meldung angeschlossen werden.

Anfangs September langt die Antwort der Firma III auf die Aufforderung zur Meldung ein.

C. wird am 20. September 1912 für die Zeit vom 1. Jänner 1909 bis 12. Februar 1910 für versicherungspflichtig erklärt. Die Bescheide werden abgefertigt.

Der gleiche Buchungsvorgang wie bei der Firma I wiederholt sich bezüglich der Prämien für die Zeit vom Jänner 1909 bis einschließlich Februar 1910 auf dem Konto der Firma III.

Die Meldung bei der Firma VIII wird durch Inspektionsaufnahme vom 9. September 1912 beigebracht und C. ab 1. Juli 1912 für versicherungspflichtig erklärt. Die Bescheide werden abgefertigt.



Buchungen wie bei Firma I auf dem Dienstgeberkonto der Firma VIII (pro Juli 1912 bis einschließlich August 1912).

Die Firma V wird, da die Beantwortung der Anfrage noch immer aussteht, urgiert. Die Antwort langt Ende September 1912 ein.

C. wird bei der Firma V für versicherungspflichtig erklärt. Die Bescheide werden abgefertigt.

Buchungen wie bei Firma I auf dem Dienstgeberkonto der Firma V (pro Juli 1910 bis einschließlich September 1910).

Nun langt seitens der Firma VIII der Einspruch im Wege der politischen Behörde zur Äußerung und Instruierung ein. Der Einspruch wird wie bei der Firma I behandelt.

Am 20. Oktober erscheint C. im Bureau der Landesstelle und gibt zum Bescheid bezüglich der Firma V an, daß er in dieser Stellung K 44— wöchentlich bezogen habe, und ersucht um Richtigstellung der Gehaltsklasse.

Es wird unter dem 23. Oktober 1912 an den Dienstgeber V eine Anfrage gerichtet, ob diese Angabe des Dienstnehmers auf Richtigkeit beruhe.

Die Anfrage wird am 6. November 1912 dahin beantwortet, daß die Angaben des C. richtig sind.

Es wird daher unter dem 10. November 1912 durch einen Abänderungsbescheid der Bescheid vom September außer Kraft gesetzt und die Änderung der Gehaltsklasse bescheidmäßig festgestellt.

Die durch die Richtigstellung der Gehaltsklasse erforderliche Richtigstellung des Kontos der Firma V wird durchgeführt und die Firma von der veränderten Belastung verständigt. Desgleichen muß das Evidenzblatt durch Abfall der ursprünglich vorgeschriebenen Gehaltsklasse und Anmerkung der neuen Gehaltsklasse richtiggestellt werden.

Da die Firma VI die Anfrage vom Juli trotz wiederholter Urgenz nicht beantwortet, ergeht an die politische Behörde das Ersuchen, die Firma einvernehmen zu lassen und das Resultat der Erhebungen der Landesstelle mitzuteilen.

Am 11. November 1912 langt die Antwort der Firma IV ein. C. wird für versicherungspflichtig erklärt. Die Bescheide werden abgefertigt.

Buchungen wie bei Firma I auf dem Dienstgeberkonto der Firma IV für die Zeit vom Juni 1910 bis Juli 1910.

Die nun pro Juli 1910 vorliegende Doppelbuchung der Prämien (bei Firma V und Firma IV) wird bereinigt.

Am 23. November 1912 schickt die Firma IV den Bescheid mit dem Bemerkten zurück, daß sie Mitglied einer Ersazeinrichtung sei und daher der Bescheid für sie gegenstandslos sei.

Der Firma IV wird geantwortet, daß nach den Statutenbestimmungen des in Betracht kommenden Institutes Baufirmen nicht Mitglieder desselben sein können und die Zuständigkeit zu dieser Ersazeinrichtung daher nicht anerkannt werden kann.

Am 24. November 1912 langt ein Ansuchen des C. um Prämienrückerstattung ein; er sei am 31. August 1912 ausgetreten und seither stellenlos.

C wird verständigt, daß das Ansuchen verfrüht eingebracht und daher rechtzeitig zu erneuern sei.

Es langt eine Zuschrift der politischen Behörde, betreffend die Firma VI ein, worin mitgeteilt wird, daß die Vorladungen der Firma erfolglos geblieben sind; die Landesstelle wolle die Erhebungen im Inspektionswege selbst vornehmen.

Die Anmeldung wird nunmehr beigebracht und die Nichtversicherungspflicht ausgesprochen; die Bescheide werden abgefertigt.

Buchungen wie bei Firma I auf dem Dienstgeberkonto der Firma VI (22. April 1910 bis 30. April 1911). Vereinigung der Doppelbelastung für den Monat April wie bei Firma V.

Unter dem 15. Dezember 1912 wird der Landesstelle Triest, bei welcher C. in der Stellung VII versicherungszuständig war, der Vorakt des C. abgetreten und dieselbe neuerlich aufgefordert, die Versicherung bei der Firma VII durchzuführen und hierauf den Vorakt an die Landesstelle Wien ergänzt zurückzuleiten, weil C. seither wieder zur Landesstelle Wien zuständig sei. Die Standesevidenzblätter (Versicherungsverlauf) werden gleichwie die Jahresevidenzblätter (Ausweis der anrechenbaren Beitragszeiten) angeschlossen.

Durch die politische Behörde langt ein Einspruch der Firma V ein, gerichtet gegen den (später außer Kraft gesetzten) Bescheid vom September 1912. Die Äußerung wird in dem Sinne erstattet, daß sich der Einspruch gegen einen bereits außer Kraft gesetzten Bescheid richte und daher abzuweisen sei.

In Angelegenheit der Firma IV langt ein Schreiben des Ersazinstitutes ein, in welchem es mitteilt, daß die Auffassung der Landesstelle, Baufirmen könnten nicht Mitglieder dieses Instituts sein, eine unrichtige sei. Es sei diesbezüglich bereits ein Rekurs bei dem k. k. Ministerium des



Innern anhängig. Insolange eine Entscheidung des k. k. Verwaltungsgerichtshofes nicht erfließen sei, beanspruche das Institut, die Dienstnehmer der ihm beigetretenen Mitglieder für sich. Es ersuche daher um Überweisung der Prämienreserve gemäß § 68 P. B. G.

Die Landesstelle erwidert, daß, insoweit gegen ihre Bescheide nicht Einsprüche, beziehungsweise Rekurse erhoben worden seien, diese Bescheide und damit die Zuständigkeit zur Landesstelle rechtskräftig geworden seien. Die Reserveüberweisung werde daher abgelehnt.

Am 2. Jänner 1913 erscheint C. im Bureau der Landesstelle und sucht, da er seit 31. August 1912 stellenlos, beziehungsweise seit 1. November 1912 als Vorarbeiter bei der Firma X nicht versicherungspflichtig sei, um Prämienrückerstattung gemäß § 25 P. B. G. an.

Zum Einspruchsverfahren bezüglich der Firma I gibt die politische Behörde bekannt, daß C. seinen nunmehr festgestellten Gehaltsbezügen nach in eine höhere Gehaltsklasse einzureihen gewesen wäre. Die Landesstelle fertigt daher einen bezüglichlichen, nur die Gehaltsklasse betreffenden Abänderungsbescheid aus; der Einspruch gegen die Versicherungspflicht bleibt aufrecht.

Buchung und Richtigstellung der Gehaltsklasse wie bei Firma V.

Der Landesstelle Triest wird zufolge der eingetretenen Gehaltsklassenänderung der richtiggestellte Vorakt mit neuem Evidenzblatt übermittelt und neuerlich um Rücküberweisung des Voraktes ersucht, dies um so dringender, weil C. um Prämienrückerstattung gemäß § 25 P. B. G. angefragt habe.

Auf Grund des Ansuchens ergehen an die Firmen I bis VI und VIII Anfragen, ob die für C. vorgeschriebenen Prämien unter den an die Landesstelle abgeführten Prämien inbegriffen sind, ob gegen seine Versicherungspflicht Rechtsmittel ergriffen worden sind und ob die Firma, falls dies zutrifft, trotz des anhängigen Rechtsmittels mit der Rückerstattung der Dienstnehmerquoten einverstanden ist.

Die Firma X wird zur Anmeldung aufgefordert.

Die Firma X gibt bekannt, daß C. tatsächlich nur manuell als Vorarbeiter tätig sei.

Die Nichtversicherungspflicht wird bescheidmäßig ausgesprochen, die Bescheide werden abgefertigt.

Die Firma II erklärt sich am 28. Jänner 1913 mit der Rückerstattung trotz Einspruches einverstanden; C. erhält demnach am 31. Jänner 1913 den auf seine Dienstzeit bei der Firma II entfallenden und an die Landesstelle einbezahlten Teilbetrag ausgefolgt.

Am 4. Februar 1913 gibt die Firma VI bekannt, daß dem C. keine Abzüge gemacht werden konnten, weil er in dem Zeitpunkte, als der Bescheid über seine Versicherungspflicht einlangte, bereits aus dem Dienste ausgetreten war.

Der Firma VI wird nunmehr eröffnet, daß die Nichtausübung des Abzugsrechtes für die Frage der Rückerstattung irrelevant sei; sie möge daher bekanntgeben, ob sie gegen den Versicherungsbescheid Einspruch erhoben habe und ob die Prämien an die Landesstelle abgeführt worden seien.

Am 10. Februar 1913 urgiert C. die Rückerstattung der noch ausstehenden Teilbeträge.

Dem C. wird mitgeteilt, daß die Rückerstattung erst nach Abschluß der anhängigen Erhebungen erfolgen könne; es sei noch nicht möglich gewesen, festzustellen, ob die Firmen die Prämien bezahlt hätten und ob die Versicherungspflicht rechtskräftig sei.

Am 17. Februar teilt die Firma VII mit, daß sie die Prämien an die Landesstelle entrichtet habe, daß aber gegen die Versicherungspflicht rekurrirt wurde und sie der Rückerstattung daher nicht zustimme.

An die Landesstelle Triest ergeht neuerlich die Aufforderung, den Vorakt ergänzt zu übermitteln.

Da die Firma III die Anfrage noch nicht beantwortet hat und die Versicherungspflicht über Entscheidung der politischen Behörde rechtskräftig festgestellt ist, wird gegen sie die politische Exekution eingeleitet.

Bezüglich der Firma I ist die politische Exekution bereits anhängig und wird daher betrieben.

Die Firma IV ist in Konkurs geraten; es ergeht an den Konkursmassenverwalter die Anfrage, ob für C. die Prämie entrichtet wurde und die Versicherung rechtskräftig ist.

Die Firma I teilt mit, daß sie nichts bezahlt habe, keinen Einspruch ergriffen habe, überdies mit der Rückerstattung nicht einverstanden sei.

Die Landesstelle Triest teilt mit, daß sie die Versicherung noch nicht durchführen konnte, weil die Firma VII (in Abbazia) die Anmeldung verweigert habe und diese daher im Wege der politischen Behörde beigebracht werden müsse.

C. urgiert persönlich die Rückerstattung am 18. März 1913. Es wird ihm an der Hand des Aktes die Unmöglichkeit nachgewiesen, Rückerstattungen vorzunehmen. Er wird befragt, ob die Firmen ihm Prämienabzüge gemacht haben, damit eventuell unter Berufung hierauf wenigstens die Dienstnehmerquoten eingebracht werden können und die Rückerstattung so erledigt werden kann.



C. erwidert, es sei ihm nichts abgezogen worden; trotzdem bestehe er darauf, daß die gesetzliche Rückerstattung erfolge. Die Landesstelle habe die Prämien einzutreiben, er warte nicht länger. Es wird ihm erwidert, daß die Prämieeintreibung unmöglich sei, weil die Rechtskraft der Versicherungen noch nicht feststehe, die Eintreibung in zwei Fällen bereits im Gange sei und in einem Falle überdies ein Konkursverfahren schwebte.

Die Landesstelle Triest teilt mit, daß C. bei der Firma VII versicherungspflichtig sei. Doch sei die Firma VII am 1. Oktober 1911 bei einem Ersazinstitut eingetreten. Die Landesstelle fragt daher an, ob sie die Überweisung der Prämienreserve vornehmen kann. Der Vorrat werde sodann überwiesen werden.

Der Landesstelle Triest wird erwidert, daß eine Reservenüberweisung nicht vorgenommen werden könnte, weil die Firma IV im Konkurs und überdies bezüglich derselben die Frage der Zuständigkeit zu einem Ersazinstitut noch offen sei, die Firma V gegen einen außer Kraft gesetzten Bescheid Einspruch erhoben habe und im Hinblick hierauf die Zahlung verweigere; die politische Exekution werde unter einem eingeleitet.

Am 7. Mai erscheint C. wieder bei der Landesstelle und besteht auf Erledigung seiner Prämienrückerstattung. Da ihm eine Rückerstattung nach der Sachlage nicht gewährt werden kann, wird ihm ein Abweisungsbescheid ausgestellt, damit er im Refurswege sein Recht geltend machen kann.

Am 18. Mai langt eine Entscheidung ein, wonach C. in seiner Stellung bei der Firma V für versicherungspflichtig erklärt wird.

Die Firma V wird zur Zahlung der Beiträge aufgefordert.

Am 30. Mai 1913 wird der Konkurs der Firma IV beendet und der Betrag für C. hereingebracht.

Der Eingang des Betrages wird verbucht.

Am 8. Juni 1913 wird an C. die Rückerstattung für die Dienststellung bei der Firma IV vorgenommen.

Die Landesstelle Triest wird hievon verständigt.

Am 15. Juni wird C. bei der Firma IX angemeldet und für versicherungspflichtig erklärt; die Bescheide werden abgefertigt.

Buchung wie bei Firma I.

Die Landesstelle fragt bei C. an, ob er im Hinblick auf seinen Wiedereintritt in eine neue Stellung weitere Rückerstattungen wünsche; wenn nicht, möge er seinen Refurs an die Statthalterei gegen den Abweisungsbescheid zurückziehen.

C. antwortet, er bestehe auf der Rückerstattung und ziehe seinen Refurs nicht zurück.

Die Firma V entrichtet die Beiträge. Buchung des Prämieeneinganges.

Die Rückerstattung für die Firma V wird vorgenommen.

Die Landesstelle Triest wird hievon verständigt.

Es gelangt ein gerichtliches Drittvorbot über die an C. noch nicht rückerstatteten Beträge ein.

Wenige Tage später überbringt eine dritte Person P eine Session des C. über die ihm noch gebührenden Beträge.

Der Sessionar und der betreibende Gläubiger sowie das Exekutionsgericht werden verständigt, daß die Landesstelle die liquid werden den Beträge zu Gericht hinterlegen werde.

Die Ersazeinrichtung teilt mit, daß die Firma IV infolge einer Statutenänderung nunmehr zu ihr zuständig sei; sie ersucht um die Überweisung der Reserve.

Die Landesstelle erwidert, die bezügliche Firma habe im Konkursverfahren die Prämien an die Landesstelle entrichtet. Da C. später wieder zur Landesstelle zuständig geworden sei, erübrige sich eine Überweisung und es werde gleichzeitig lediglich die Differenz zwischen der zu überweisenden sowie der rückzuüberweisenden Reserve berechnet und angewiesen werden.

Der gerichtliche Überweisungsbeschluß langt ein. Am 30. Juli langt der Prämienbetrag für die Firma III im Wege der politischen Exekution ein. Verbuchung des Prämieeneinganges.

Der entfallende Rückerstattungsbetrag wird zu Gericht erlegt. Alle Parteien werden verständigt.

Die Landesstelle Triest wird verständigt, daß die Reservenüberweisung vorläufig für die Dienstzeiten bei den Firmen III bis V erfolgen könne.

C. urgiert neuerlich die Rückerstattung.

Von der Statthalterei langt der Refurs gegen den Abweisungsbescheid vom Mai ein.

Er wird mit der Äußerung zurückgeleitet, daß für die Zeiten bei den Firmen III bis V die Rückerstattung bereits vorgenommen wurde und für die übrigen Zeiten die Rückerstattung noch nicht erfolgen könne, weil bei den Firmen VI und I die Prämien noch nicht eingebracht werden konnten, die Firma VIII wegen anhängigen Refurses mit der Rückerstattung nicht einverstanden sei.



Am 20. August langen die Prämien für die Firma I ein. Buchung des Prämieinganges. Der entfallende Rückerstattungsbetrag wird zu Gericht erlegt. Alle Parteien, die Landesstelle Triest und die Statthalterei werden verständigt.

Die Firma VI zahlt am 1. September die Dienstnehmerquoten und erklärt sich mit der Rückerstattung einverstanden.

Buchung des Prämieinganges.

Der entfallende Rückerstattungsbetrag wird zu Gericht erlegt. Die Landesstelle Triest und alle Parteien werden verständigt.

Die Landesstelle Triest übersendet den Vorkast mit dem Bemerkten, daß die Reservenüberweisung und Rücküberweisung mit der Ersatzeinrichtung im Verrechnungswege vorgenommen werden wolle.

Die Verrechnungsbrieife werden an die Ersatzeinrichtung abgefertigt.

Die Exekution wird durch Gerichtsbeschluß aufgehoben.

Die Ersatzeinrichtung bestätigt die Verrechnung.

Es wird die Rückerstattung der auf die Firma VII (Ersatzversicherung) entfallenden Prämien an den Jessionar vorgenommen.

Die Firma VIII wird mit ihrem Einspruche sachfällig und infolge eingetretener Rechtskraft nunmehr auch die Rückerstattung für die Dienstzeit bei der Firma VIII an den Jessionar vorgenommen.

Die Statthalterei wird verständigt, daß der Refurs des C. gegenstandslos geworden sei.

D. ist bei der Firma IX weiter versichert.

Die Überweisung beziehungsweise Rücküberweisung der Reserven wird durch Vorschreibung des Differenzbetrages vorgenommen. Die bei der Ersatzeinrichtung erworbenen Beitragsmonate werden auf den bezüglichen Evidenzblättern vorgemerkt.

In allen Fällen von Prämienrückerstattungen an den Versicherten wurden die bezüglichen Anweisungen an die Kassa ausgefertigt und die durch die Rückerstattung bewirkte Reduktion der erworbenen Beitragszeit vorgemerkt.

### 3. Beispiel.

#### Versicherungsverlauf.

Vom	bis		in der Gehaltsklasse
1. Jänner 1909	31. Mai 1909	stellenlos	
" 1. Juni 1909	" 15. September 1909	als Musiker bei Sommertheater M.	III
" 1. September 1909	" 31. Mai 1910	" " " R. ....	III *)
" 1. Juni 1910	" 11. August 1910	stellenlos	
" 12. August 1910	" 30. April 1911	als Musiker " R. ....	IV **)
" 1. Mai 1911	" 1. Juli 1911	stellenlos	
" 1. Juli 1911	" 30. September 1911	als Musiker " Kurkapelle J.	V
" 20. Oktober 1911	" 16. Mai 1912	" " " R. ....	IV
" 16. Mai 1912	" 30. Juni 1912	stellenlos	
" 1. Juli 1912	" 15. September 1912	als Musiker " L. ....	V
" 16. September 1912	" " " " R. ....		IV

#### Administrative Durchführungen.

Die Landesstelle erhält am 27. Oktober 1909 vom Bühneninstitute eine summarische Zusammenstellung der im Jahre 1909 am Sommertheater M. .... engagierten Personen unter Angabe des Ein- und Austrittsdatums und des Gehaltes. An der Hand dieser Zusammenstellung werden die einzelnen Dienstnehmerakten angelegt. Im konkreten Falle war der Angestellte vom 1. Juni 1909 bis 15. September 1909 in der III. Gehaltsklasse beim Bühneninstitute versichert.

\*) Eintrittsdatum auf den 15. September 1909 richtiggestellt.

\*\*) Austrittsdatum auf den 31. Mai 1911 richtiggestellt.



Da weder die Personaldaten des Angestellten noch die Wohnungsadresse bekannt sind, ergoht am 17. November 1909 eine Anfrage an das Zentralmeldungsamt um die Wohnungsadresse und Personaldaten.

Nach Bekanntgabe dieser Daten wird der Angestellte um seine Vorbeschäftigung befragt, auf welche Anfrage er nicht antwortet, weshalb nach dreimaliger Urgenz das Magistratische Bezirksamt um seine Intervention ersucht wird.

Von diesem wird der Akt mit dem Bemerken rückgemittelt, daß Angestellter laut nunmehriger Relation des Zentralmeldungsamtes „unbekannt wohin“ verzogen ist.

Gleichzeitig mit den ersten Erhebungen wurde die Prämienreserve vom Bühneninstitute im Betrage von K 43·14 eingefordert und auch überwiesen.

Anlässlich einer Inspizierung des R. . . . Theaters wird konstatiert, daß der Angestellte in der Zeit vom 1. September 1909 bis 31. Mai 1910 mit einem Gehalte von K 1680— bedienstet war.

Die Versicherung wird mit Bescheid vom 1. Mai 1910 ausgesprochen und die Prämie bereits ab 1. September 1909 belastet.

Gleichzeitig wird das Bühneninstitut aufmerksam gemacht, daß der Landesstelle nicht eine Prämienreserve für 4, sondern mit Rücksicht auf das erhobene Eintrittsdatum bei R. . . . nur für 3 Monate der III. Gehaltsklasse gebührt.

Das Bühneninstitut teilt mit Schreiben vom 28. Dezember 1911 mit, daß der Eintritt nicht am 1., sondern am 14. September 1909 erfolgte, weshalb die erfolgte Reserveüberweisung richtig gewesen sei.

Auf Grund dieser Mitteilung wird daher der Richtigstellungsbescheid vom 9. Jänner 1912 erlassen und die Belastung richtiggestellt.

Am 26. April 1911 erfolgte eine Meldung des R. . . ., daß der Angestellte ab 12. August 1910 mit einem Gehalte von K 1820— angestellt sei.

Der bezügliche Bescheid wird am 6. Mai 1911 erlassen und das Konto belastet.

Gleichzeitig Anfrage an Angestellten über die Zeit vom 1. Jänner 1909 bis 1. Juni 1909 und 1. Juni 1910 bis 12. August 1910.

Der Angestellte antwortet trotz dreimaliger Urgenz nicht.

Intervention des Magistratischen Bezirksamtes, von welchem mitgeteilt wird, daß Angestellter in fraglicher Zeit stellenlos war.

Der Angestellte wird mit 30. April 1911 abgemeldet.

Bescheid vom 6. Mai 1911 über die Erlöschung der Versicherungspflicht wird erlassen und kontomäßig vorgemerkt.

Von Landesstelle Salzburg wird mittels Schreibens vom 24. August 1911 der Versicherungsakt angefordert und am 6. September 1911 überwiesen, da Angestellter nunmehr im Sprengel dieser Landesstelle bedienstet.

Die Evidenzblätter langen am 23. November 1911 zurück mit dem Ersuchen um Richtigstellung, da Angestellter nicht am 30. Oktober, sondern erst am 31. Mai 1911 bei R. . . . ausgetreten sein soll. Durch Inspektionsorgan wird die Richtigkeit dieser Mitteilung bestätigt, worauf der Ergänzungsbescheid vom 9. Jänner 1912 für den Monat Mai 1911 erlassen und die Prämie kontomäßig nachbelastet wird.

Unter demselben Datum gehen Evidenzblätter richtiggestellt an Salzburg zurück.

Von R. . . . langt am 5. Jänner 1913 die Meldung ein, daß Angestellter ab 20. Oktober 1911 mit einem Jahresgehalte von K 2040— angestellt sei.

Versicherungsbescheid wird am 6. März 1912 erlassen, Belastung durchgeführt und Evidenzblätter von Salzburg angefordert.

Da der Angestellte im Sprengel der Landesstelle Salzburg beim Bühneninstitute versichert war, wird am 10. Juni 1913 die Prämienreserve im Betrage von K 552·12 angefordert.

Am 24. Mai 1912 wird eine Abmeldung von R. . . . per 16. Mai 1912 erstattet, worauf der Erlöschungsbescheid hinausgegeben und kontomäßige Vormerkung durchgeführt wird.

Das Pensionsinstitut teilt am 5. September 1912 mit, daß Angestellter ab 1. Juli 1912 bei ihm versichert ist und fordert Reserve an.

Gleichzeitig gibt es bekannt, daß das den bisherigen Reserveberechnungen zugrunde gelegte Geburtsdatum per 14. August 1879 unrichtig und der Angestellte am 14. August 1874 geboren sei. Es ersucht die bisherigen Reservebegehren auf Grundlage des richtigen Geburtsdatums umzurechnen und die Beträge behufs Abrechnung bekanntzugeben.

Der Angestellte wird daher am 18. September 1912 zur Bekanntgabe seiner genauen Geburtsdaten aufgefordert, welche er mit Schreiben vom 24. September bekanntgibt, wodurch die Mitteilung des Bühneninstitutes bestätigt erscheint.



Landesstelle Salzburg wird behufs Richtigstellung des Geburtsdatums mit Schreiben vom 8. November 1912 verständigt.

Die Reservebegehren werden nun auf Grund des richtigen Geburtsdatums vollständig umgerechnet und am 21. Dezember 1912 dem Bühneninstitute bekanntgegeben, worauf unter Berücksichtigung der bereits überwiesenen Beträge die Abrechnung gepflogen wird.

Anlässlich der Richtigstellung des Geburtsdatums stellt es sich heraus, daß seitens R. . . . . bereits ein Angestellter ähnlichen Namens mit dem richtigen Geburtsdatum (14. August 1874) ab 16. September 1912 mit einem Gehalte von K 2160.— gemeldet und in der IV. Gehaltsklasse versichert erscheint, welchem, da auf der Anmeldung der Name verschrieben war und auch das Geburtsdatum differierte, notwendigerweise eine andere Versichertennummer verliehen wurde.

Bei der Richtigstellung des Geburtsdatums ergibt sich nun, daß die beiden Versicherten identisch sind.

Es werden daher am 8. November 1912 die beiden Akten zusammengezogen, die eine Versichertennummer storniert und die entsprechenden kontomäßigen Richtigstellungen vorgenommen. Gleichzeitig wird das Bühneninstitut um das Austrittsdatum des Angestellten befragt, da derselbe vor seinem am 16. September 1912 erfolgten Eintritte bei R. . . . . bei diesem versichert war.

Das Bühneninstitut meldet, daß der Austritt am 15. September 1912 erfolgte, weshalb die Doppelversicherung pro September 1912 aktenmäßig ausgetragen wird und die entsprechende kontomäßige Richtigstellung erfolgt.

Seit 15. September 1912 erweist sich im Versicherungslaufe des Angestellten kein Anstand.

Aus den vorstehenden drei Beispielen ist noch nicht zu ersehen, welchen großen Schwierigkeiten speziell auch der versicherungstechnische Dienst bei Abwicklung der laufenden Agenden begegnet. Dies soll an den zwei folgenden, ebenfalls absolut nicht tendenziös gewählten Fällen gezeigt werden.

#### 4. Beispiel.

##### Versicherungsverlauf des Angestellten B. N.:

- Vom 1. Jänner 1909 bis 31. Jänner 1909 Pensionsanstalt.
- „ 1. Februar 1909 bis 30. Juni 1909 Ersatzeinrichtung.
- „ 1. Juli 1909 bis 30. November 1909 nichtversicherungspflichtig.
- „ 1. Dezember 1909 bis 31. Dezember 1909 Pensionsanstalt.
- „ 1. Jänner 1910 bis 31. Dezember 1910 Ersatzeinrichtung.
- „ 1. Jänner 1911 bis 31. Jänner 1912 Pensionsanstalt.
- „ 1. Februar 1912 bis 28. Februar 1912 nichtversicherungspflichtig.
- „ 1. März 1912 bis 31. Mai 1912 Pensionsanstalt.
- „ 1. Juni 1912 bis 28. Februar 1913 Ersatzeinrichtung.
- „ 1. März 1913 bis 31. Mai 1913 nichtversicherungspflichtig.
- „ 1. Juni 1913 Pensionsanstalt.

Dadurch, daß dieser Angestellte, der übrigens kein Bühnen- oder Orchestermitglied ist, in  $4\frac{1}{2}$  Jahren 6 mal den Versicherungsträger gewechselt hat, wären normalerweise drei Prämienreserveüberweisungen und drei Prämienreserveanforderungen durchzuführen gewesen. Tatsächlich erhöhte sich diese Anzahl aber auf elf, weil die Ersatzeinrichtung erst später geltend machte, daß sie für die Zeit vom 1. Jänner bis 1. Juni 1909 eine Prämienrückerstattung geleistet habe.



Dieser Umstand bedingte eine Reduktion der Beitragszeit und die Richtigstellung aller Prämienreserveberechnungen mit Ausnahme der ersten. Welche außerordentliche Mehrarbeit aber noch dann verursacht wird, wenn nachträglich infolge Erledigung anhängiger Rekurse Änderungen in der anrechenbaren Beitragszeit oder Gehaltsklasse oder eine Richtigstellung des Geburtsdatums erfolgen, läßt sich wohl unschwer beurteilen.

Hierbei ist noch zu erwägen, daß die Prämienreserveberechnung innerhalb der Wartezeit einfach ist, nach Ablauf derselben aber überaus zeitraubend wird, wie ja die in der Ministerialverordnung vom 1. April 1908, Seite 258—260, angeführten Beispiele dartun. Diese Art der Schwierigkeiten zeigt sich vorläufig nur in Einzelfällen (bei Überweisung von Prämienreserven für eingekaufte Dienstzeiten), läßt aber (besonders wenn die Berechnungen beider Versicherungsträger verschiedene Resultate ergeben und erst eine Aufklärungskorrespondenz bedingen) schon jetzt die beträchtliche Mehrarbeit ahnen, welche nach dieser Richtung hin alle Versicherungsträger mit Ablauf der Wartezeit zu gewärtigen haben.

## 5. Beispiel.

### Versicherungsverlauf des Angestellten K. D.:

- Vom 1. Jänner 1909 bis 30. April 1909 IV. Gehaltsklasse.
- „ 1. Mai 1909 bis 31. Juli 1909 freiwillig versichert.
- „ 1. August 1909 bis 31. Dezember 1909 nichtversicherungspflichtig.
- „ 1. Jänner 1910 bis 31. März 1910 III. Gehaltsklasse.
- „ 1. April 1910 bis 31. Jänner 1911 V. Gehaltsklasse.
- „ 1. Februar 1911 bis 30. Juli 1911 nichtversicherungspflichtig.
- „ 1. August 1911 bis 30. September 1912 IV. Gehaltsklasse.
- „ 1. Oktober 1912 bis 31. Mai 1913 V. Gehaltsklasse.

Der Angestellte hat anfangs November 1909 die Entfertigung begehrt. Dieselbe konnte ihm nur bezüglich der freiwilligen Versicherung und der Monate März und April 1909 gegeben werden, weil bezüglich der früheren Zeit ein Rekurs anhängig war. Da aber dem Angestellten vom Dienstgeber die Prämien abgezogen worden waren, erklärte sich dieser nachträglich mit der restlichen Rückerstattung einverstanden. Infolgedessen war die durch die Entfertigung eingetretene Reduktion neuerdings zu berechnen. Mitte Mai 1911 beehrte der Angestellte die Rückerstattung für die Zeit vom 1. Jänner 1910 bis 31. Jänner 1911. Die Auszahlung konnte glatt geleistet werden, bei der Ermittlung der reduzierten Beitragszeit durfte aber im Sinne der Vollzugsvorschrift (Art. 27) nicht lediglich diese Zeit allein reduziert und der verbleibende Teil zu der früheren hinzugegeben, sondern mußte auch die gesamte vor dem 1. Jänner 1910 liegende Zeit mitberücksichtigt werden.

Im Juni 1911 wurde entschieden, daß die Versicherungspflicht in den Monaten Jänner und Februar 1909 nicht zu Recht bestand. Das hatte zur Folge, daß nicht nur buchmäßig die Rückerstattung storniert werden mußte, sondern auch die bisherigen 3 Berechnungen hinsichtlich Ermittlung der reduzierten Beitragszeit illusorisch geworden waren und eine neuerliche Berechnung nötig war. Der bezügliche Bescheid konnte dem Angestellten erst nach seiner Wiederanmeldung im August 1911 zugestellt werden. Im Juni 1913 ist der Angestellte ins Ausland verreist, hat aber vorher noch seinen Anspruch auf Rückerstattung aus der Versicherung ab 1. August 1911 angemeldet. Da die Prämien für die Versicherung in der V. Gehaltsklasse noch nicht eingezahlt waren, kam vorläufig nur eine Rückerstattung bis 30. September 1912 in Frage. Nach Ablauf von 3 Monaten wurde nun wieder unter Berücksichtigung der ganzen bis 30. September 1912 zurückgelegten Dienstzeit und der bis dahin erhaltenen Entfertigungen neuerdings die noch anrechenbare Beitragszeit ermittelt und die Prämienquote an die von dem Angestellten angegebene Adresse abgeschickt. Der Betrag kam aber als unbestellbar zurück.

Welche Kompliziertheit der Fall erfahren würde, wenn nicht die ganze Versicherung bei demselben Versicherungsträger zurückgelegt worden wäre, läßt sich wohl unschwer ermessen.